

Psychiatrie: Umstrittenes Kapitel der Heidelberger Universitäts- und Stadtgeschichte wird nach rund 45 Jahren des Schweigens erschlossen / Zeiteugin gibt Auskunft

Das „Sozialistische Patientenkollektiv“ wollte in den 1970er Jahren die Psychotherapie erneuern – doch der Weg zu seelischer Balance führte einige Patienten in den Terrorismus. Ein kritischer Rückblick.

Von unserem Redaktionsmitglied
Heike Rentsch

Es brodelt in der Universitätsidylle am Neckar. Die Studentenbewegung hat Heidelberg erfasst. Nicht nur die Notstandsgesetze vom 30. Mai 1968 und der Vietnamkrieg treiben die Studenten auf die Straße, sondern auch die Erhöhung der Straßenbahnpreise oder der Wunsch nach mehr Mitbestimmung an der Universität. Ab dem 12. Februar 1970 erhebt eine weitere Gruppe ihre Stimme: Patienten eines Assistenzarztes an der Psychiatrischen Poliklinik der Universität Heidelberg verabschieden eine Resolution, um gegen die Entlassung ihres Arztes zu protestieren. Erstmals in Deutschland erheben psychisch Kranke so vehement öffentlich ihre Stimme.

Was zuerst nicht nach Politikum klingt, entwickelt sich zu einem Kampf zwischen Reformern und Konservativen und wird teils im Terror der RAF enden, der Roten Armee Fraktion. Diese Geschichte des „Sozialistischen Patientenkollektivs“ (SPK) hat der Berliner Arzt und Medizinhistoriker Christian Pross einer Studie unterzogen. Der 68-Jährige hat als politisch interessierter Medizinstudent die Anfänge jener Patientengruppe miterlebt: „Wir von der Basisgruppe Medizin haben das zu Beginn unterstützt. Wir dachten, hier ist ein progressiver Arzt, der gegen die unmenschliche Anstaltspsychiatrie protestiert und mit seinen Patienten eine alternative Art von Behandlung machen will.“

Die letzte Hoffnung

Besagter Assistenzarzt Wolfgang Huber ist in linken Studentenkreisen ein Geheimtipp. Er weist niemanden ab – und noch wichtiger, er weist so schnell niemanden ein. Für viele ist er die letzte Hoffnung: Eine psychotherapeutische Beratungsstelle gibt es an der Universität noch nicht, bei den wenigen niedergelassenen Fachärzten beträgt die Wartezeit Monate. Und wer einen Termin ergattert, muss Glück haben, behandelt zu werden, denn mit „langhaarigen Schmuddelkindern“, wie ein Zeitzuge in der Studie berichtet, wollen einige Ärzte nichts zu tun haben. Für viele akut Kranke und in Krisen bleibt nur die Einweisung in die Landesnervenklinik Wiesloch.

An der Psychiatrischen Klinik, an die Huber 1964 kommt, ist das Klima

Vom Debakel einer Revolution



Zur Schrift „Aus der Krankheit eine Waffe machen“ lieferte Philosoph Jean-Paul Sartre das Vorwort. BILD: PROSS

für Neues unter dem Direktor Walter von Baeyer günstig: „Die Klinik war damals ein Pulverfass an Ideen. Man konnte alles mögliche Neue ausprobieren“, so Pross. Huber setzt auf Einzel- und Gruppengespräche. Das ehemalige SPK-Mitglied Dalia Kasubek erinnert sich: „Ich litt unter Ängsten, Depressionen und Schlafstörungen. Ende 1969 bin ich zu Huber gekommen, weil es hieß, er behandle auch linke Studenten. Er war der Erste, der mit mir sprach. Niedergelassene Ärzte haben mir nur

Beruhigungstabletten verschrieben“, erzählt die heute 74-Jährige.

Auch die Krankheitstheorie Hubers zieht die damalige Medizinstudentin in ihren Bann. Demnach ist nicht der Kranke krank, sondern die kapitalistische Gesellschaft mache krank. Die Bedürfnisse des Menschen seien fremdbestimmt, eine „sozialistische Therapie bestehe darin, die verdrängten ursprünglichen Wünsche zu befreien“, so das SPK. Jede Woche lädt Huber ein paar seiner Patienten in sein Haus in Wie-

senbach ein. Schriften von Karl Marx, Georg Wilhelm Friedrich Hegel oder Michail Alexandrowitsch Bakunin werden verschlungen und linke Theorien diskutiert. Auch Kasubek gehört zu diesem Kreis.

Blockade und Besetzung

So angesehen Huber bei Patienten ist, so sehr stößt er bei vielen seiner Kollegen auf wachsenden Unmut. Angebote zur Weiterbildung lehnt er ab, Einblick in Therapieziele verweigert er lange. Als Anfang 1970 die

Chronik

- Das „Sozialistische Patientenkollektiv“ existierte vom 20. Februar 1970 bis zum 20. Juli 1971.
- Die **Therapiegemeinschaft** hatte eine klassenlose Gesellschaft als Ziel.
- Heute existiert unter dem Namen **Patientenfront/Sozialistisches Patientenkollektiv(H)** in Mannheim eine Gruppe, die sich als identisch mit dem SPK bezeichnet.
- Christian Pross: „Wir wollten ins Verderben rennen – Die Geschichte des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg“. Psychiatrie-Verlag, 39,95 Euro. her

Entlassung droht, stellen sich 52 Patienten hinter ihn. In einer Vollversammlung in der Poliklinik fordern sie am 12. Februar 1970 die Weiterbeschäftigung. Zwei Wochen später besetzt Huber mit Patienten und Medizinstudenten das Büro des Verwaltungsdirektors und tritt in Hungerstreik. Rektor Rolf Rendtorff vermittelt einen Kompromiss: Die Universität beschäftigt Huber bis September weiter, Räume werden in der Rohrbacher Straße angemietet und finanzielle Mittel bereitgestellt.

Der ursprüngliche Stamm von rund 50 Patienten wächst rapide. Etwa die Hälfte der schließlich etwa 500 Patienten ist Akademiker. Weil Huber als einziger Arzt nicht alle betreuen kann, setzt er auf Laientherapeuten: Patienten übernehmen therapeutische Aufgaben, führen Einzelgespräche oder leiten Gruppentherapien.

Ruhe kehrt im Streit mit der Universität nicht ein. Konservative Kräfte an der Fakultät und das Kulturministerium in Stuttgart wehren sich gegen eine Verlängerung von Hubers Vertrag, eine Gutachterschlichtung entbrennt über den Sinn seines Therapieansatzes. Gleichzeitig wird der Ton des SPK immer fordernder.

Mehrjährige Haftstrafe

Die Spannung verschärft sich, als 1971 das SPK in Verdacht gerät, Aktionen der Baader-Meinhof-Gruppe zu unterstützen. Bei Wohnungsdurchsuchungen werden Waffen und Sprengstoffe gefunden, SPK-Mitglieder verhaftet – insbesondere Mitglieder des inneren Kreises. Auch Kasubek ist unter ihnen: „Für mich war die Verhaftung eine richtige Erlösung. Dass endlich Schluss ist mit dieser Atmosphäre im SPK. Das war richtig paranoid. Zum Teil hat man nur noch mit Zetteln verkehrt, aus Angst vor Abhörwanzen. Oder man flüsterte“, erinnert sie sich.

Huber wird wegen „Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Sprengstoffherstellung und Urkundenfälschung“ zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Einige SPK-Mitglieder gehen zur RAF. SPK-Mitglied Siegfried Hausner beispielsweise wird 1975 bei der RAF-Geiselnahme in Stockholm verletzt, wenig später stirbt er. Aus Solidarität mit ihm nennen sich RAF-Mitglieder noch 1977 beim Mord an Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer „Kommando Siegfried Hausner“.

ZUM THEMA

Reform der Psychiatrie ab 1970

Bis heute dauert die 1970 begonnene Reform der Psychiatrie an. Das Ziel: Die Situation psychisch Erkrankter zu verbessern. Rufe nach einer Reform gab es seit den 1950er Jahren. Ab 1958 bereitete unter anderem der spätere Gründer des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim, Professor Heinz Häfner, Schritte zur Psychiatrie-Reform vor.

Die 1971 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Expertenkommission „Psychiatrie-Reform“ untersuchte schließlich die Zustände in den psychiatrischen Großkrankenhäusern. Sie beklagte katastrophale Zustände: Viele psychisch Kranke und Behinderte lebten demnach unter teils menschenunwürdigen Bedingungen. Knapp 60 Prozent der Patienten verbrachten dort noch in den 1970er Jahren mehr als zwei Jahre. Die hygienischen Verhältnisse waren unzumutbar, die Personaldecke dünn, Möglichkeiten zur Nachsorge kaum vorhanden.

Stärkung der Selbsthilfe

Die Expertenkommission legte 1975 Leitlinien zur Reform vor, die sogenannte Psychiatrie-Enquete. Gefordert wurde unter anderem: Gemeindefähige vorstationäre Versorgung, bedarfsgerechte Versorgung aller psychisch Kranken sowie Auf- und Ausbau psychiatrischer Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern.

Um die Reformziele zu verwirklichen, besteht „erheblicher Handlungsbedarf“, stellte die Aktion Psychisch Kranke (APK) noch 2001 fest. Die APK wurde 1971 gegründet, um die Reformen voranzutreiben. Sie übernahm die Trägerschaft für die Expertenkommission, die in einer zweiten Runde das „Bundesmodellprogramm Psychiatrie“ (1981 bis 1985) auswertete. Dies führte 1988 zu „Empfehlungen der Expertenkommission“. Seitdem steht die verbesserte Versorgung chronisch psychisch kranker Menschen im Mittelpunkt.

Ein Verdienst der Reform ist die Stärkung der Selbsthilfe. 1985 wurde der Bundesverband der Angehörigen Psychisch Kranker gegründet, 1991 der Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen. Bereits 1976 schlossen sich Bürgerinitiativen und Hilfsvereine im Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen e.V. zusammen. Mit Angeboten wie betreutem Wohnen setzen sie sich für das Recht psychisch Kranker ein, „ein Leben nach eigenen Bedürfnissen zu verwirklichen“. her

Studie: Der Berliner Arzt und Medizinhistoriker Christian Pross beleuchtet ein Tabu der Medizinhistorie / Anfänge der psychotherapeutischen Beratungsstelle

„Für manche Patienten ein Zufluchtsort“

Als Zeitzuge war Christian Pross in den Anfängen des „Sozialistischen Patientenkollektivs“ dabei. Als Forscher hat er die Studie „Wir wollten ins Verderben rennen – Die Geschichte des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg“ verfasst.

Herr Pross, wie lautet Ihr Fazit der Studie?

Christian Pross: Ich hätte nie gegahnt, dass das so umfangreich werden würde. Es ist ein 500-Seiten-Buch geworden, wir haben vier Jahre daran gearbeitet. Aber ich denke, es ist auch für Heidelberg gut, dass das Thema bearbeitet wurde. Ich bekomme schon viel positives Feedback von Leuten aus Heidelberg, auch von ehemaligen 1968ern und Mitarbeitern der Psychiatrischen Klinik. Viele der ehemaligen Patienten haben gesagt: Endlich wird das

mal thematisiert. Wir haben 40 Jahre lang nicht darüber geredet, vor allem untereinander nicht. Für viele ist das Ganze nach wie vor eine sehr traumatische Geschichte. Für sie war es entlastend, darüber zu sprechen.

War das SPK von Nutzen für die Psychiatrie-Reform?

Pross: Man kann nicht sagen, dass das SPK der Psychiatrie-Reform genutzt hat. Ich habe mit vielen Weggefährten von Dr. Wolfgang Huber gesprochen, mit Schlüsselfiguren der Psychiatrie-Reform. Viele Assistenten aus der Klinik von Walter von Baeyer sind später ausgeschwärmt, haben leitende Positionen in psychiatrischen Kliniken übernommen und dort die Psychiatrie-Reform umgesetzt. Ihnen hat das SPK eher geschadet, weil es so ein Schreckensbild war. Die traditionellen Psychia-

ter konnten anführen: ‚Aha, das passiert, wenn man die psychisch Kranken rauslässt aus den Mauern. Dann laufen die Amok.‘ Rückblickend kann man jedoch feststellen: Das SPK war – trotz ideologischer Verblendung und selbsterzörrischer Dynamik – eine der ersten Gruppen von Patienten, die so vehement öffentlich ihre Stimme erhoben haben. Die Rechte von psychisch Kranken eingefordert haben. Das war erst mal keine schlechte Sache.

Also profitierten die Patienten trotz aller Machtkämpfe, zwischen denen sie standen, vom SPK?

Pross: Der Gerechtigkeit halber muss man sagen: Das SPK war für viele, viele psychisch Kranke oder Studenten mit psychischen Problemen eine Anlaufstelle. Denn in Heidelberg herrschte ja der Notstand,

Christian Pross

■ Der Arzt, Psychotherapeut und Medizinhistoriker Christian Pross (geb. 1948, Bild) studierte von 1968 bis 1974 **Medizin an der Universität Heidelberg** und der Bristol Medical School in Großbritannien.

■ 1992-2003 Mitbegründer und Leiter des **Behandlungszentrums für Folteropfer** Berlin.

■ Seit 2008 **Honorarprofessor** an der Charité Universitätsmedizin Berlin.

■ 2009 **Bundesverdienstkreuz**.

■ 2010-2013 Mitglied im UN-Untersuchungsausschuss zur **Prävention von Folter**. (BILD: PRIVAT)



das es noch keine psychotherapeutische Beratungsstelle gab. Die moderne Massenuniversität hat damals viele Leute in die Einsamkeit geworfen. Und die soziale Isolation, die Orientierungslosigkeit, der autoritäre Prüfungsstil und der damalige Generationenkonflikt haben scharenweise Studenten in die Sprechzimmer von Ärzten getrieben. Da war das SPK ein Rettungsanker und hat hier viel Gutes geleistet. Es war für manche Patienten ein Zufluchtsort und hat einigen das Leben gerettet. Allein, dass dort eine Gruppe von Leidensgenossen war, die sich gegenseitig gestützt haben, war eine segensreiche Sache. Die psychotherapeutische Beratungsstelle kam zudem auf Druck dieser SPK-Geschichte zustande. Da hat man gemerkt, da muss dringend was getan werden.

Sie haben auch ihre eigene Vergangenheit erforscht. Sehen Sie das durch Dinge anders als damals?

Pross: Einiges schon. Ich war damals ein zorniger junger Mann. Die 1968er Bewegung war für mich eine Offenbarung, die hat mich mitgerissen. Ich war jedoch nicht in vorderster Linie dabei und auch in keiner der Gruppen wie dem SDS oder den schrecklichen, maoistischen Sekten, den K-Gruppen. Die radikalen, abgehobenen Tendenzen fand ich unheimlich. Ich habe früh gemerkt, dass das SPK in eine völlig schräge Richtung gegangen ist. Allerdings: Die Schwelle, in solch ein Fahrwasser zu geraten, war damals sehr niedrig. Und das hat mich jetzt wieder beschäftigt. Ich habe Tagebuchaufzeichnungen von mir gelesen – da graust es mich manchmal, was ich gedacht und geschrieben habe. her